

Haltische Zeitung

vorm. im G. Schwefel'schen Verlage. (Haltischer Courier.)

Nummer 36.

Halle, Dienstag, 12. Februar 1889.

181. Jahrgang.

Insertionsstellen für die halbtägige Seite oder deren Raum für Halle u. Umgeb. Preis nur 15 Pf. vom 12 St. Anzeigen am Schluss des redactionellen Heftes pro Seite 40 Pf.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die halbtägige Zeitung erscheint wochentlich in einer starken Viermittags 11 1/2 Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 5 Uhr. Verlags-Verständigung mit Berlin u. Leipzig. Druck Nr. 158.

Halle, den 11. Februar Die römischen Arbeiterunruhen,

von denen der Telegraph zu berichten weiß, werden von der nationalgeleiteten Presse und öffentlichen Meinung Italiens lebhaft bedauert. Auch aus den Spalten der Pariser Blätter klingt ein gewisses Bedauern hindurch, nur daß die Beweggründe und das dort ganz verschiedene, ja geradezu die entgegengesetzte sind. Während alle verständigen italienischen Patrioten das Gebahren der Kommunisten und noch mehr der hinter diesen stehenden Aufseher rücksichtslos verurtheilen, weil es geeignet sei, dem Anstande unrichtige Vorstellungen von dem wahren Charakter der innerpolitischen Lage des Appenninengebietes beizubringen, bedauern die von hochgradigstem Haß gegen Italien belebten französischen Schabaufrichter, daß der verurtheilte internationale Ruch kein „besseres“ Resultat erbracht habe, „besser“ in dem Sinne, daß dem Ministerium Crispien's Verlegenheiten daraus erwachsen wären. Damit ist es uns freilich nichts; die Stellung des italienischen Ministerpräsidenten hat an Festigkeit gegen früher nicht nur nichts eingebüßt, sondern eher noch gewonnen, insofern, als seine parlamentarischen Widersacher trotz mancherlei fahelhaftiger günstiger Vorwürfe, gegen das Kabinett in Aktion treten zu können, wie sie z. B. in den finanziellen Schwierigkeiten allenthalben gefunden werden möchten, doch recht wohl zu thun im Stande sind. Der Wunsch, den Ministerpräsidenten zu stürzen, hätte für diese Parlamentarier ja vielleicht etwas Bescheidenes — aber die damit verbundene Verantwortung für dem Lande auf sich zu nehmen, ist eine Zustimmung, der die oppositionelle Energie unter den jetzigen Zeitumständen abhold nicht Stand hält. So sehr man von Standpunkte der Menschlichkeit und der staatlichen Gerechtigkeit es bedauern mag, daß die verurtheilten Arbeiter diesen missen, was in Wahrheit andere Leute verlohren haben, so sehr muß andererseits doch hervorgehoben werden, daß die römischen Arbeiterkrawalle für die Klärung der Lage auch wieder ihr Gutes haben, indem sie als beweiskräftiges Zeichen für die Ohnmacht der extremen Elemente, als ein Anknüpfungspunkt gelten können, das die unverhältnißmäßigsten Widersacher Herrn Crispien's und seiner nationalen Politik sich selber ausgekollert haben.

In Betreff der Auftritte am Freitag sei folgendes nachgetragen: Die Verurtheilung war namentlich groß in der Via Fratina und der Via Tritone. In ersterer blieb kein einziger Laden unversehrt, auf dem kein Corso wurde schimmig geschaut. Dem Umwelter Vone wurden Schmuckgegenstände für 60000 Francs gestohlen. Ähnlich erging es anderen Juwelieren und Galanteriewarenhändlern. Die Fassade des Argentinatheaters ist alle zugeriegelt; übrigens waren gestern alle Theater geschlossen. In der Via Tritone zogen sich die Auftritte in einer Waffenhandlung zahlreiche Messer an, deren sie sich gegen die Polizei bedienten. Einem Polizisten wurde eine schwere Stichwunde am Hals beigebracht. Als sich der Strom der Excedenten gegen das Parlament ergoß, wurden dessen Ehrenthron geschloßen, während eine Abtheilung Militär davor Aufstellung nahm. Das Gebäude erging nur durch die Kautschukigkeit eines Dientenans dem Loofe, das das Varietè-Theater betroffen hat. Das Capitol, wo sich städtische Bureaus befinden, wurde, wie die Ministerien, von Truppen besetzt. Der Volk haute wachhaft barbarisch. Wo sich ein anständig gekleideter Mensch zeigte, rißte er Steinwürfe und Wüthendungen. Heute besaß die gesamte Presse, incl. der Sozialisten, daß ehrliche Arbeiter durch ihre Veremung mit dem Gendarm ihre gute Sache schändeten. Die Arbeiterbiertel sind heute militärisch besetzt. Die Regierung wird aber auch zur Einberung der herrschenden Noth sofort Schritte thun. Die Privatwohlfähigkeit fehlte hier vollständig, obgleich Rom eine fastebell reiche kirchliche Aristokratie besitzt. Die Haltung der Polizei war außerordentlich. Die Firma Finocchi will einen Schadenersatz von angeblich 100000 Francs einlangen. Die Regierung empfieng eine Arbeiterdeputation, welche die Auftritte lebhaft bedauerte, worauf ihr versprochen wurde, die Regierung werde Alles zur Beschaffung von Arbeit thun. Unter den Verurtheilten befindet sich eine sehr große Anzahl junger Bursche. — Der Polizeipräsident soll zurücktreten und dessen Stelle der bisherige Präfekt von Mailand einnehmen. Bezüglich des Ursprungs der Unruhen bemerkt die offiziöse „Norma“, derselbe gehe auf die rothe und die schwarze Internationale zurück. Uebrigens seien auch in Paris und London ähnliche oder weit bedeutendere Unruhen vorgekommen. Ein gutes Zeichen für Rom, daß wenigstens Luftvergehen verhindert wurde.

Die Erklärung Crispien's, er dulde künftig keinerlei politische Meetings, findet bereits Anwendung. Drei auf heute angelegte sogenannte Friedens-Meetings in Mailand, Florenz und Ferrara waren verboten.

An neuen Depeschen liegen folgende vor: Rom, 9. Februar. Depu'tationscomité. Auf mehrere Anfragen in Betreff der getrienen Unruhen erklärt der Ministerpräsident Crispien, die Gendarmen trage der mit der Ueberwachung der Versammlung auf dem Platz di Colosio betraute Polizei-Inspector. Derselbe sei von Amte inspe'dirt worden und werde sich vor dem Disziplinarrath zu verantworten haben. Die Activen an der Spitze und dem Aufhohalle wurden beschuldigt worden, wodurch einige Tausend Arbeiter Beschäftigung

und finden würden. Zur Sicherung der Ruhe würden die nicht in Rom anwesenden beschäftigungslosen Arbeiter in ihre Heimath beordert und bis zur vollständigen Sicherung der Erzeugung keinerlei öffentliche Versammlungen gestattet werden; auch seien die politischen Meetings der „Friedensfreunde“ im Lande verboten. Wegen die letzte Verfügung protestirte der Sozialist Goldi unter andernem Namen. Derselbe beantragte Donaghi eine Tagesordnung, um wegen der Verletzung des Versammlungsrechtes der Kammer ausgedrückt wurde. Derselbe wurde auf Antrag Crispien's Donnerstag zur Verhandlung gelangen. — Bis heute Vormittag beträgt 200 der Bürgermeister hat gegen Abend eine zur Verhandlung anfordernde Kundgebung an die Bürger erlassen, welche mit den Worten schließt: „Die Vaterlandsliebe und die Ehre der Stadt fordern, daß ihr mit Ruhe und mäßiger Festigkeit jetzt, daß ihr euch nicht eines schändlichen, noch von Gewalthätigkeiten fortsetzen lassen wollt.“

Hom, 10. Februar. Der gestrige Abend und die Nacht sind ruhig verlaufen. Der von den Aufsehern angerichtete Schaden wird auf 100000 Lire geschätzt; die Zahl der bis jetzt Verurtheilten beträgt 200. Der Bürgermeister hat gegen Abend eine zur Verhandlung anfordernde Kundgebung an die Bürger erlassen, welche mit den Worten schließt: „Die Vaterlandsliebe und die Ehre der Stadt fordern, daß ihr mit Ruhe und mäßiger Festigkeit jetzt, daß ihr euch nicht eines schändlichen, noch von Gewalthätigkeiten fortsetzen lassen wollt.“

Eine Denkschrift über die Ausföhrung des Aufhebungsgezetzes

in den Provinzen Westpreußen und Posen im Jahre 1888 ist dem Landtag zugegangen. Die Denkschrift konstatirt in den meisten Fällen eine gütliche Uebersiedlung der neuen Aufhebungen und der Abtheilung der alten, der von den Aufhebungen des Gelezes. Im Jahr 1888 wurden für Zwecke der Aufhebungscommission 19 größere Güter und 9 selbstständige Bauerwirtschaften angekauft. Die Hilfe der Aufhebungsleistungen des Jahres 1888 wird eine erheblichen Rückgang der Angemeldetem gegen die früheren Jahre auf. Unter der Zahl der in der ersten Zeit sich meldenden Bewerber sind, wie die späteren Verhandlungen ergeben haben, eine Menge von Neuen gewesen, die auf Kosten des städtischen Spezialausgabensachen zu machen hatten und der Abtheilung waren, mit ganz geringen Mitteln zu größerem Erfolg zu gelangen. Die Erkenntnis, daß bei der Aufhebung mangelhafter Gewinn nicht zu realisiren ist, hat sich bei den meisten Neuen verbreitet und das Geschäft ist während des Jahres von Landen aus denselben nicht mehr beizet worden. Es sind jetzt in der Draufgabe nur noch die erblieben, wirklich anhaltigen Interessenten, die an die Commission beizetren. Im Allgemeinen dürfte hervorzuheben sein, daß der beste Antheil an der Aufhebung der alten Wirtschaften durch die Aufhebung selbst wirtschaftlich und sozial eine oder mehrere Stellen herausgeführt. Alle Elemente, welche bei der Aufhebung in den Aufhebungsprovinzen den Zweck verfolgen, sich mit neuen Bewohnern zu versehen, neue Gesellen zu gewinnen oder aus anderen Gesichtspunkten herauszukommen, wenn auch tiefer so doch wirtschaftlich selbstständig zu stellen, wird der Erfolg freis ein zweifelhaftes bleiben. Der Antheiler, welcher aus wirtschaftlich gebrauchener oder dienender Stellung mit einem neuen Bewohnern kommt, aber welcher in hoch interessanten Gegenden keinen Bezug zu hohen Preisen erwerben und mit dem Erlös das Leben bis zehnjährig an sich gleich guten Landes im Osten erwerben kann, darf in bedeutendem Maße einer geistlichen Zukunft entgegensehen. Er wird im Geschäft der Betriebsamkeit über den vortheilhaft in seiner Gemüthsruhe die Mühen und Widervorteile der ersten Einrichtung leicht überwinden und sich bei Sparlichkeit und Fleiß ein gedeihliches Fortkommen sichern.

Bernichte politische Mittheilungen.

* Am Sonntag Vormittag wohnte der Kaiser dem Gottesdienste in der Garnisonkirche bei und erledigte nach Beendigung desselben im königlichen Schloffe Regierungsangelegenheiten. Im Laufe des Nachmittags unternahm der Monarch eine Schiltenfahrt nach dem Thiergarten. Nachher ertheilte er Audienz und gegen 6 Uhr fuhr Familienfest statt.

* Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichszankler und dem Finanzminister v. Scholz, von denen man dieser Tage sprach und die sich nur auf Fragen zweiten Ranges bezogen haben sollten, scheinen wieder ausgeklüht. Das Einkommensgesetz, das als Anlaß eines etwaigen Demissionsgesuches bezeichnet wurde, soll nach bereits erzielter Verständigung innerhalb des Ministeriums demnächst in der Kammer eingebracht werden. * Die gegenwärtig noch in Berlin weilende marokkanische Gesandtschaft hat auch dem Reichszankler reiche Geschenke überbracht. Derselben bestehen in bunten, goldbestäubten Seidenstoffen, Läden, Schawls, goldgestickten Tischdecken und Schuhen, sowie einem großen prächtigen Teppich, der schon in seinem farbenreichen Muster das südliche Ursprungsland verräth.

* Zur Steuer der Wahrheit theilt die „Kreuztg.“ mit, der Abgeordnete für Potsdam, Landrat Kelsch, habe im Jänner des Abgeordnetenhauses erzählt, daß er vom Kaiser empfangen worden sei, und daß der Kaiser sich erlaube und mißbilligend über die von der „Kreuztg.“ beobachtete Haltung ausgesprochen habe. Der Kaiser habe bei der Erwähnung des Schreiberstaus die Versicherung gethan: „Was ist eigentlich in Hannoverien gefahren; er soll in Welfe geworden sein!“ Die „Kreuztg.“ meint, nun wisse man auch, zu welchem Zweck das „Fof. Tagelb.“ gemeldet habe, daß v. Hammerstein habe an der Geburtstagsfeier für Dr. Windthorst Theil genommen und den ersten Toast auf den Führer des Centrums, den „Welfen“ Windthorst ausgebracht. — „Wahrlich“, fügt das Blatt hinzu, „die Intrigue ist nicht währlicher in ihren Mitteln. Das sie auch davon nicht zurückdrückt, den Monarchen zu belügen, kann bei jedem wüthenden Patrioten nur das Gefühl aufrichtiger Trauer erwecken.“ Es spricht eine tiefe und berechtigte Entrüstung aus diesen Worten. Uebrigens hat die Redaktion des „Fof. Tagelb.“ jetzt Herrn v. Hammerstein mitgetheilt, daß „die in die Augen fallende Ver-

wedigung“ seines Namens mit demjenigen des Herrn v. Franckenheim „als Druck- oder Schreibfehler“ alsbald in Nr. 43 des „Fof. Tagelb.“ richtig gestellt worden sei.

* Zur Frage der Sonntagsruhe meint die „Kreuztg.“, daß, wenn das Kartell der Wähler 1890 nicht den freien Sonntag zu bieten vermöge, das Kartell auf die Stimmung der Wähler nicht zu rechnen habe.

* Der „Kamm. Cour.“ nimmt das Staatssecretariat in Reichshaus für die Nationalversammlung in Ansbach. Das Organ des Herrn v. Bennigsen weist auf Männer wie Professor Meyer-Jena oder wie Cuccerius hin, welche wohl im Stande sein würden, die Aufgaben des Reichshaussecretariats zu übernehmen. Herr v. Bennigsen verweist auf die Bedeutung der Reichshaussecretariate unter dem Reichshaus auf dem Gebiete der deutschen Reichstagsverwaltung diejenige während der Stellung zu sichern vermögen, zu welcher es sich unter seinen bisherigen Leitern nicht anfangen vermochte, und deren jedem schon so oft und bitter einzuwenden worden ist als eine Folge des Bruchs oder Mißbrauchs, die Leitung des Reichshaussecretariats lediglich als eine Spolse in der unrichtigen hiesigen Reichshaussecretariate angesehen. Sehr schmeichelt sich das für die früheren Leiter des Reichshaussecretariats — von Friedberg und von Schelling — eben nicht.

* Der „Staat. Corr.“ zufolge hat die Anwesenheit des Herrn v. Stephan in Hamburg weniger mit dem Anlaß des Telegraphenabfalls nach England, dessen Anlaß schon längst in Aussicht genommen sei, als mit dem Plane in Zusammenhang gekunden, den Polsterer nach Amerika künftig über Hamburg zu leiten, statt wie bisher über Bremen. In Zukunft würde der Postverkehr dann statt vom Bremer Logen von der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft vermittelt werden, welche mit dem Bau von Schiffebauern vorgelegt. Die „Nordd. Allg.“ hat sich ebenfalls an erster Stelle dem Fall Senart. Das Blatt läßt seine Ausführungen dahin zu, daß die deutschen Behörden im Anschluß unmöglich die Hand dazu bieten könnten, Offiziere von der Beförderung wie Oberst Senart für gegen Deutschland fundig, den Aufenthalt in dem Theile Deutschlands zu gestatten, dessen Bevölkerung von ihnen und der Presse Frankreichs täglich unter Kriegsbedingungen benurruht und verachtet wird. Wenn für die ersten Jahre nach der Rückgabe des Elsaß an Deutschland die Lösung der gegenwärtigen Beziehungen mit Rücksicht abgemindert werden, so darf man nach 10 Jahren wohl anfangen, dahin zu wirken, daß diejenigen Väter und Mütter, welche fortfahren, ihre Söhne im französischen Heer für den uns täglich in Aussicht gestellten Krieg gegen die Weiden bereit zu halten, schließlich selbst nach Frankreich überführt und sich so den ungeliebten Verkeh mit ihren Kindern sichern.

* Ein Bericht des französischen Konsuls in Danzig über die Lage der deutschen Handelsmarine im Jahre 1888 mit Bezug auf die allseitige Beförderung der Handels- und Schiffahrtsverhältnisse entnehmen wir den nachstehenden Passus:

„Obne dem Uebertrage dieses vöthlichen Wechsels in den internationalen Handelsbeziehungen nachzudenken, kann man festhalten, daß die deutschen Handelsmarine und Handelsverkehr sich fortwährend günstige Verhältnisse zu erlangen und den großen Transporthandel zu erlangen und den Nationen, welche bis heute das Monopol der langen Fahrt gebildet hatten, eine ernste Konkurrenz zu bereiten.“

* Der erste Staatsanwaltschaft am Landgericht in Berlin hat der „Friedl. Ztg.“ auf deren Anfrage mitgetheilt, daß die vom Untersuchungsrichter am 6. October 1888 verurtheilte Beschlagnahme der im Besitz des Betreuzers Kästel befindlichen Exemplare des Oktober-Heftes der „Deutschen Rundschau“ aufgehoben ist.

* Bei der Abstimmung über die Kronotation im Abgeordnetenhause ist, wie schon vorher bekannt geworden, mitten durch die deutschfreimüthige Partei ein klaffender Riß gegangen. Gegen die Vorlage stimmten außer den beiden dänischen Mitgliedern und dem Mitglied des Centrums Birch die Abg. Richter, Langemann, Mündel, Karijus, Schmieder, Halberstadt, Dr. Otto Vermees, Rapenack; Birchow enthielt sich der Abstimmung, die Mehrheit der deutschfreimüthigen Partei, 16 Mitglieder, stimmten für die Vorlage, 4 fehlten. Herr Richter hatte dabei offenbar eine Kampfprobe machen wollen und ist unterliegen. In die Budgetcommission wurde er zur Beratung dieses Gegenstandes, wie jetzt bekannt wird, auf seine eigene Forderung gegen den ursprünglich in der Fraction überwiegenden Wunsch beizet, und so kam es zu der wunderbaren Entscheidung, daß die beiden deutschfreimüthigen Commissionmitglieder gegen die Vorlage stimmten, hernach im Plenum aber die große Hälfte der Fraction für die Erhöhung. Welche Folgen für die deutschfreimüthige Fraction als solche diese Spaltung haben wird, muß man abwarten. Einleitend fordern die extremen Blätter der Partei die Wähler auf, freies Gericht über die „ungefälleren“ Abgeordneten zu halten, namentlich die Berliner. Es muß allerdings überaus schmerzhaft für Herrn Richter sein, daß selbst die festen Parteigenossen der Reichshauptstadt in's Wanken gerathen.

* Der freimüthige Parteitag für den Regierungsbezirk Frankfurt a. D. wurde gestern zu Frankfurt a. O. eröffnet. Die öffentliche Versammlung, die um 11 Uhr begann, war gut besucht. Alle größeren Städte und Ortsgemeinden des Bezirks waren vertreten. Von Abgeordneten bemerkte man die Herren Richter, Müch, Karijus u. a. Nachdem der Vorsitz dem Abgeordneten Müch übertragen war, bestieg Richter die Rednertribüne zu einem

